

AMNESTY INTERNATIONAL Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin

Verwaltungsgericht Göttingen

Berliner Straße 5
37073 Göttingen

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Berlin, den
12.04.2021	X X XXX/XX	AMR 23-21.005	14.04.2022

VERWALTUNGSRECHTSSACHE EINES KOLUMBIANISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN

Wir bedanken uns für Ihr Auskunftsersuchen vom 12.04.2021 zum Herkunftsland Kolumbien.

Im Folgenden fassen wir zunächst unser Sachverhaltsverständnis entsprechend der Informationen aus dem Auskunftsersuchen zusammen. Im Anschluss kommen wir der Beantwortung der Fragen des Gerichtes nach.

Sachverhalt

Der im September 1984 geborene Kläger lebte vor seiner Ausreise zuletzt in der Hafenstadt Buenaventura. Dort war er nach eigenen Angaben Mitglied einer Gewerkschaft von Hafentarbeiter_innen und setzte sich für die Rechte von Hafentarbeiter_innen sowie für allgemeine politische Themen ein. Im Rahmen seines gewerkschaftlichen Engagements trat er auch öffentlich auf. Wegen dieses Engagements sei ihm der Tod angedroht worden für den Fall, dass er seine politischen Aktivitäten fortsetze.

Die Fragen aus dem Beweisbeschluss beantwortet Amnesty International wie folgt.

- 1. Wie sicher ist eine in einem bestimmten Landesteil Kolumbiens verfolgte Person vor erneuter Verfolgung, wenn sie in eine weit entfernte andere (Groß-)Stadt Kolumbiens umzieht?**

Macht es für die Prognose einen Unterschied, ob die verfolgte Person 1. Journalist(in), 2. Gewerkschafter(in), 3. Soziale(r) Aktivist(in), 4. Angehörige(r) einer Minderheitenvolksgruppe, 5. Politiker(in), 6. Angehörige(r) einer kriminellen, einer paramilitärischen Vereinigung oder einer anderen irregulären Gruppe ist oder 7. sich von einer solchen Vereinigung losgesagt hat?

Macht es für die Prognose einen Unterschied, ob die Verfolgung von 1. lokalen Behörden, 2. korrupten Teilen des Staates, 3. paramilitärischen oder kriminellen Vereinigungen oder einer anderen irregulären Gruppe ausgeht?

Vorbemerkung: Frage 1 und die zugehörigen Unterfragen werden zusammen beantwortet.

Kolumbien gilt seit Langem als eines der weltweit gefährlichsten Länder für Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren. Insbesondere Menschenrechtsverteidiger_innen (im Folgenden abgekürzt als HRD für *human rights defenders*) und soziale Aktivist_innen (im Folgenden abgekürzt als SL für *social leaders*) sehen sich in den vergangenen Jahren und insbesondere seit Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerilla-Gruppe FARC-EP (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo*) im November 2016 wachsender, weitverbreiteter Verfolgung im gesamten Staatsgebiet Kolumbiens ausgesetzt. Auch gegen Journalist_innen, Gewerkschafter_innen und Politiker_innen befinden sich landesweit Verfolgungshandlungen weiter auf einem konstant hohen Niveau.

In Beantwortung der Frage werden vor diesem Hintergrund nachfolgend zunächst dargestellt:

- a) Erkenntnisse zu spezifischen Verfolgungshandlungen** gegen soziale Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen, Angehörige von ethnischen Bevölkerungsgruppen, Journalist_innen, Gewerkschafter_innen, Politiker_innen und früheren Angehörigen nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen; und
- b) strukturelle Ursachen und Hintergründe der Verfolgungshandlungen** hinsichtlich der mutmaßlichen Täter_innen und ihrer Auftraggeber_innen, der Strafverfolgung bei Angriffen auf die genannten Gruppen sowie den vom kolumbianischen Staat zur Verfügung gestellten Schutzmaßnahmen für von Verfolgung Betroffene.

Abschließend wird **c) eine Prognose hinsichtlich möglicher erneuter Verfolgung gegen den Kläger** nach Umzug an einen von seinem früheren Wohn- und Arbeitsort weit entfernten Ort gestellt.

a) Überblick über Verfolgungshandlungen

gegen Menschenrechtsverteidiger_innen und soziale Aktivist_innen, Angehörige ethnischer Bevölkerungsgruppen, Journalist_innen, Gewerkschafter_innen, Politiker_innen und aktuelle und frühere Angehörige nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen in Kolumbien

Nach Angaben der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNHCHR) wurden 620 **Menschenrechtsverteidiger_innen und soziale Aktivist_innen** zwischen Januar 2016 und März 2022 in Kolumbien ermordet.¹ Nur für das Jahr 2021 registrierte UNHCHR 1.116 Todesdrohungen sowie 100 Morde gegen HRDs und SLs; in 102 weiteren Mordfällen prüft die UN-Behörde noch, ob sie im Zusammenhang mit dem Einsatz der Getöteten für menschenrechtliche Belange stehen.²

Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien beziffern die Zahl der Angriffe sogar noch höher: Die Menschenrechtsorganisation *Indepaz (Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz)* hat 1.337 Morde an HRDs und SLs im Zeitraum November 2016 bis Mitte April 2022 erfasst – davon allein 171 im Jahr 2021 und 51 im Jahr 2022 (Stand: 12. April 2022).³ Das *Programa Somos Defensores (PSD)*, ein Bündnis mehrerer Menschenrechtsorganisationen, hat für den Zeitraum Januar 2016 bis September 2021 750 Morde, 336 Mordanschläge, 48 Fälle von Verschwindenlassen, 150 Fälle willkürlicher Festnahmen, 78 Fälle willkürlicher gerichtlicher Anklagen, 37 Fälle von Diebstahl

¹ Die Zahlen für die Jahre 2016 bis 2018 stammen aus dem Bericht des früheren UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechtsverteidiger_innen, Michel Forst, zu seinem Kolumbien-Besuch 2018 (UN HRC 2019: Art. 21). Die Zahlen für die Jahre 2019 bis 2021 stammen aus den jeweiligen Jahresberichten des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte zur Menschenrechtssituation in Kolumbien (UNHCHR 2020: Art. 16; UNHCHR 2021a: Art. 21; UNHCHR 2022a: Art. 40). Die Zahlen für 2022 stammen aus einem Zwischenbericht des Kolumbien-Büros des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCHR 2022b: S. 2).

² UNHCHR 2022a: Art. 40–41.

³ Die Zahlen für die Jahre 2016 bis 2021 stammen aus dem Jahresbericht von *Indepaz* zur Situation von HRDs und SLs für 2021 (Indepaz 2021a: S. 4). Die Zahlen für 2022 stammen aus dem online einsehbaren Verzeichnis von Morden an HRDs und SLs für 2022 der Beobachtungsstelle für Menschenrechte, Konflikte und Frieden von *Indepaz* (2022a).



sensibler Informationen und 3.003 Todesdrohungen gegen HRDs und SLs dokumentiert.⁴ Für den Zeitraum Januar bis September 2021⁵ dokumentierte das Menschenrechtsbündnis 86 Morde, 72 Mordanschläge und 501 Todesdrohungen.⁶

Die Berichte von UN und Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien decken sich auch mit den Beobachtungen von Amnesty International: Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen kolumbianischem Staat und der Guerilla-Gruppe FARC im November 2016 beobachtet Amnesty International einen signifikanten Anstieg an Angriffen auf HRDs und SLs. Dies zeigt sich auch in einer deutlich gewachsenen Zahl an Hilfesuchen von HRDs und SLs an Amnesty International. Allein 2021 hat Amnesty International rund 1.660 solcher Anfragen erhalten – darunter viele Fälle von HRDs und SLs, die aufgrund von Todesdrohungen ihren Wohn- und Arbeitsort temporär wechseln mussten und zumindest zeitweise ins Exil zu fliehen versuchten.

Auch wenn sich die oben aufgeführten Zahlen der dokumentierten Angriffe unterscheiden, stellt Amnesty International in Übereinstimmung mit Erkenntnissen von UN und Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien folgende **Tendenzen und Muster bei den Angriffen auf HRDs und SLs** fest:

1. Die Angriffe auf HRDs und SLs haben im Vergleich zu früheren Jahren und insbesondere seit 2016 spürbar zugenommen. Sie bewegen sich derzeit auf einem konstant hohen Niveau. Ein spürbarer Rückgang ist nicht zu verzeichnen.
2. Angriffe auf HRDs und SLs häufen sich zwar in bestimmten Regionen Kolumbiens (insbesondere den Departments in der Pazifikregion Cauca, Narino, Valle del Cauca und Chocó sowie in den Departments Putumayo, Antioquia, Córdoba, Bolívar, Norte de Santander und Magdalena), sie sind aber für ganz Kolumbien dokumentiert.⁷
3. Die von den Angriffen hauptsächlich betroffenen HRDs und SLs weisen eine Reihe ähnlicher Merkmale hinsichtlich ihrer beruflichen Tätigkeit und Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen auf:
 - *Berufliches Engagement in bestimmten Tätigkeitsfeldern:* Die Betroffenen waren in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Netzwerken, Gemeinden, Gruppen, Bündnissen oder individuell für bestimmte menschenrechtliche, gesellschaftspolitische, soziale oder ökologische Belange engagiert.

In diesen Zusammenhängen haben sie sich für eines oder mehrere der folgenden Themen eingesetzt: Frieden bzw. die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerilla-Gruppe FARC; besseren Schutz der Zivilgesellschaft vor Angriffen; die Bekämpfung von Straflosigkeit; soziale Gerechtigkeit bzw. die Bekämpfung sozialer Ungleichheit; den Schutz von Grundrechten wie Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit; den Schutz von Land, Umwelt, Natur oder Klima; die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Genderidentität oder politischer Zugehörigkeit; die Rechte von Frauen, Mädchen, LGBTIQ*, ethnischen Gruppen, Opfern und

⁴ Die Zahlen stammen für die Jahre 2016 bis 2020 aus den jeweiligen Jahresberichten des *Programa Somos Defensores* und für das Jahr 2021 aus den Berichten der Organisation für das erste Halbjahr sowie das dritte Quartal des Jahres (PSD 2017: S. 28; PSD 2018: S. 61; PSD 2019: S. 87; PSD 2020: S. 85; PSD 2021a: S. 80; PSD 2021b: S. 104; PSD 2021c: S. 4).

⁵ PSD 2021b: S. 104; PSD 2021c: S. 4.

⁶ Die Unterschiede in den Zahlen der dokumentierten Fälle durch die UN und durch zivilgesellschaftliche Organisationen in Kolumbien haben mehrere Gründe: Zum einen nutzen die Institutionen unterschiedliche Methoden und Quellen für die Falldokumentation. Zum anderen legen sie unterschiedliche Definitionen daran an, wer als Menschenrechtsverteidiger_in gilt. *Indepaz* etwa erfasst auch soziale Aktivist_innen, die sich für politische Belange engagieren, nicht notwendigerweise aber in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagiert oder für Menschenrechtsorganisationen tätig waren.

⁷ Vgl. dazu etwa die Jahresberichte des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte zur Menschenrechtssituation in Kolumbien (Fußnote 1), die Jahresberichte des *Programa Somos Defensores* (Fußnote 4) sowie Berichte von Amnesty International (AI 2020) und Human Rights Watch (HRW 2021) zur Situation von HRDs und SLs.



Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen und deren Angehörigen;
 Generationengerechtigkeit und bessere Zukunftsperspektiven für nachfolgende Generationen;
 Arbeitnehmer_innen-Rechte oder andere gewerkschaftliche Anliegen; oder
 Korruptionsbekämpfung.

- *Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen*: Unter den Angegriffenen befinden sich überproportional viele Menschen, die ohnehin unterschiedlichen Formen von Diskriminierung in Kolumbien ausgesetzt sind: Frauen und LGBTIQ*, Angehörige kleinbäuerlicher Gemeinden, Angehörige indigener, afrokolumbianischer und anderer ethnischer Gemeinden, Menschen mit niedrigem Einkommen, junge und alte Menschen. Unter den 1.337 von der Menschenrechtsorganisation *Indepaz* zwischen November 2016 und Mitte April 2022 dokumentierten Morden an Vertreter_innen der Zivilgesellschaft befanden sich über 370 indigene über 90 afrokolumbianische HRDs und SLs.⁸

4. Die Angriffe auf HRDs und SLs stehen auffällig häufig im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und politischen Interessen – insbesondere Konflikten um den Besitz, die Kontrolle und die Nutzung von Land: Häufig wehrten sich die von den Angriffen Betroffenen gegen den Anbau von Monokulturen (zum Beispiel Ölpalmen, Zuckerrohr oder Bananen), gegen extraktive Industrien und Bergbau (zum Beispiel Öl- und Kohleförderung oder den Abbau von Edel- und Halbedelmetallen wie Gold, Silber, Nickel oder Kupfer) oder gegen große Energie- oder Verkehrsinfrastrukturprojekte (zum Beispiel den Bau von Wasserkraftwerken oder den Neu- oder Ausbau von Straßen und Häfen) auf ihrem eigenen Land oder angrenzenden Flächen. In anderen Fällen prangerten sie die Besetzung, Kontrolle oder Aneignung von Land durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen in Gebieten an, die für diese Gruppen von strategischer Bedeutung sind, weil sie dort Rückzugsbasen oder wichtige Transport- und Kommunikationsrouten unterhalten oder weil sie darauf illegalen Ökonomien im Bergbau (vor allem Goldbergbau) oder dem Drogenhandel (etwa dem Anbau, der Weiterverarbeitung oder dem Transport von Coca bzw. Kokain) nachgehen.

Der letzte Aufenthaltsort vor Ausreise des Klägers in der vorliegenden Verwaltungsrechtssache, die Hafenstadt Buenaventura im Department Valle del Cauca, gilt seit Langem als eine der am Stärksten von den bewaffneten Konflikten in Kolumbien betroffenen Gebiete. Verfolgungshandlungen und Menschenrechtsverletzungen gegen HRDs und SLs sind für die Stadt vielfach dokumentiert.⁹ Die Betroffenen sehen sich in Buenaventura vor allem dann umfassender und massiver Verfolgung ausgesetzt, wenn sich ihre Aktivitäten gegen wirtschaftliche und/oder politische Vorhaben einflussreicher Interessengruppen in der Region richten. Zu diesen Vorhaben zählt insbesondere der Ausbau des Überseehafens der Stadt und von an die Hafenanlage angeschlossener Infrastruktur. Der Hafen von Buenaventura gilt kolumbienweit als einer der größten und wirtschaftlich bedeutungsvollsten Häfen.

In den vergangenen Jahren sind HRDs und SLs, die an der Organisation friedlicher sozialer Proteste in Buenaventura wie dem Zivilstreik (*paro cívico*) im Jahr 2017 beteiligt waren, immer wieder zum Ziel von Angriffen geworden. Der Zivilstreik von 2017 richtete sich dabei nicht nur gegen die ausufernde Gewalt und die enorme soziale Ungleichheit in der Stadt, sondern ebenfalls gegen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Hafenvirtschaft und des kontinuierlichen Ausbaus des Hafens.

- Am 27. Januar 2018 wurde der bekannte Landrechtsaktivist Temístocles Machado ermordet. Machado hatte sich über 20 Jahre gegen den Ausbau einer Zufahrtsstraße zum Hafengelände und

⁸ Die Zahlen für den Zeitraum 24. November 2016 bis 06. Dezember 2020 stammen aus dem Zwischenbericht von *Indepaz* zur Situation von HRDs und SLs in dieser Zeit (*Indepaz* 2020b: S. 13). Die Zahlen für den Zeitraum 07. bis 31. Dezember 2020 stammen aus dem online einsehbar Verzeichnis von Morden an HRDs und SLs für 2020 der Beobachtungsstelle für Menschenrechte, Konflikte und Frieden von *Indepaz* (2020a). Die Zahlen für das Jahr 2021 stammen aus dem Jahresbericht von *Indepaz* zur Situation von HRDs und SLs für 2021 (*Indepaz* 2021a: S. 11). Die Zahlen für 2022 stammen aus dem online einsehbar Verzeichnis von Morden an HRDs und SLs für 2022 der Beobachtungsstelle für Menschenrechte, Konflikte und Frieden von *Indepaz* (2022a).

⁹ Siehe etwa die Berichte von Human Rights Watch (HRW 2014), des Norwegian Refugee Council (NRC 2014) und des online-Magazins *¡pacifista!* (*pacifista* 2021a, 2021b, 2021c, 2021d, 2021e).



die damit verbundenen sozioökonomischen Auswirkungen auf die Anwohner_innen der betroffenen Gebiete gewehrt. In diesem Zusammenhang beteiligte er sich immer wieder an sozialen Protesten und gehörte unter anderem zu den führenden Organisator_innen des Zivilstreiks von 2017.¹⁰ Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft Kolumbiens bestätigten einen direkten Zusammenhang zwischen der Tötung Machados und seinem Engagement für Landrechte.¹¹

- Auf Carlos Tovar Buga, ein weiterer führenden Vertreter des Organisationskomitees des Zivilstreiks von 2017, wurde im Juli 2019 ein Mordanschlag verübt.¹²
- Im Fall der prominenten Aktivistin und HRD Danelly Estupiñán von der afrokolumbianischen Menschenrechtsorganisation *Proceso de Comunidades Negras* (PCN), die ebenfalls den Zivilstreik von 2017 unterstützt hat, sind zahlreiche Verfolgungshandlungen dokumentiert. Danelly Estupiñán wird seit Langem von Amnesty International unterstützt. Nach Erkenntnissen Amnestys International erreichen sie seit Jahren immer wieder massive Todesdrohungen. Mehrfach hat Amnesty International Mordpläne von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen gegen sie dokumentiert. Obwohl Danelly Estupiñán bereits seit 2015 staatliche Schutzmaßnahmen durch die dafür zuständige Nationale Schutzstelle (*Unidad Nacional de Protección*, UNP) erhält, musste sie wegen dieser Übergriffe 2018 zeitweise ins Exil gehen und im Juli 2019 brachen Unbekannte in ihr Haus ein. Danelly Estupiñán wurde zudem zur Zielscheibe willkürlicher Anklagen vor Gericht wegen Verleumdung und Beleidigung. Sie und ihre Familie wurden außerdem über Monate illegal ausgespäht und mit Bild- und Videoaufnahmen überwacht, mutmaßlich auch unter Beteiligung staatlicher Stellen. Auffällig ist, dass sich die Übergriffe auch fortsetzten, nachdem Danelly Estupiñán ihren Herkunftsort Buenaventura verlassen hatte.¹³

Das **Verfassungsgericht Kolumbiens** prüft wegen der weitverbreiteten Angriffe und enorm hohen Zahl an Übergriffen gegen HRDs und SLs derzeit in einem von Menschenrechtsorganisationen angestregten Verfahren, ob die **Grundrechte von Menschenrechtsverteidiger_innen und sozialen Aktivist_innen** in Kolumbien **auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Sicherheit vor Verfolgung und Angriffen** in einer Weise verletzt werden, die einem sogenannten **verfassungswidrigen Zustand** (*estado de cosas inconstitucional*, ECI) gleichkommen.¹⁴ Einen verfassungswidrigen Zustand kann das Verfassungsgericht des Landes immer dann verhängen, wenn die Grundrechte bestimmter Bevölkerungsgruppen massiv, weitverbreitet und wiederholt verletzt und in der Praxis nicht geschützt werden.

Auch **Journalist_innen und Gewerkschafter_innen** sehen sich in Kolumbien weitverbreiteten Angriffen ausgesetzt, deren Zahl in den vergangenen Jahren ebenfalls kaum zurückgegangen ist:

- **Journalist_innen:** Die Menschenrechtsorganisation *Fundación para la Libertad de Prensa* (FLIP) dokumentierte landesweit insgesamt neun Morde, 918 Todesdrohungen und 1.916 andere Angriffe (darunter Mordanschläge, Entführungen, Verschwindenlassen, Informationsdiebstahl, Fälle öffentlicher Stigmatisierung und Diskreditierung, willkürliche Festnahmen, willkürliche und unfaire Anklagen oder die Behinderung journalistischer Arbeit) gegen Medienschaffende im Zeitraum Januar 2016 bis Dezember 2021.¹⁵
- **Gewerkschafter_innen:** Das gewerkschaftseigene Dokumentationszentrum *Escuela Nacional Sindical* (ENS) dokumentierte kolumbienweit 107 Morde und 700 Todesdrohungen gegen

¹⁰ OMCT 2018; Semana 2020; pacifista 2019a, 2018; Verdad abierta 2018; El Espectador 2019a; El Tiempo 2018.

¹¹ FGN 2021, 2020.

¹² Coalico 2019; pacifista 2019b; Semana 2019.

¹³ AI 2020, 2019a, 2019b, 2019c.

¹⁴ Prozess Nummer: *proceso de tutela T-8.018.193 y acumulados*.

¹⁵ Die Zahlen für die Jahre 2016 bis 2021 stammen aus den jeweiligen Jahresberichten der *Fundación para la Libertad de Prensa* (FLIP 2022: S. 6–7; FLIP 2021: S. 24–25; FLIP 2020: S. 5–6; FLIP 2019: S. 9–11; FLIP 2018: S. 36–37; FLIP 2017: S. 12–13).



Gewerkschafter_innen von Januar 2016 bis Dezember 2020.¹⁶ Zwischen 1971 und 2020 wurden nach Angaben der ENS insgesamt 3.271 Gewerkschafter_innen ermordet.¹⁷

Auch im Fall von **Politiker_innen** ist eine Zunahme an Angriffen während der vergangenen Jahre zu verzeichnen: In den jeweils zwölf Monaten der Vorwahlzeit vor den Kongresswahlen in Kolumbien im März 2018 sowie im März 2022¹⁸ verzeichnete die Menschenrechtsplattform *Misión de Observación Electoral* (MOE) insgesamt 213 Morde, 126 Mordanschläge, 497 Todesdrohungen, acht Entführungen und fünf Fälle von Verschwindenlassen gegen Politiker_innen. Die Zahl der Angriffe vor den Parlamentswahlen im März 2022 hat sich dabei gegenüber der Zahl der Angriffe in der Zeit vor den Wahlen im März 2018 mehr als verdoppelt.¹⁹

Im Falle von aktuellen und früheren **Angehörigen nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen** liegen Amnesty International lediglich Informationen zur Verfolgung demobilisierter Kämpfer_innen der früheren Guerilla-Gruppe FARC-EP vor: Den UN zufolge wurden im Zeitraum November 2016 bis März 2022 315 ehemalige FARC-Angehörige ermordet, 89 zum Ziel von Mordanschlägen und 27 weitere gelten als verschwunden.²⁰ Allein für das Jahr 2021 registrierten die UN dabei 54 Morde an ehemaligen FARC-Angehörigen.²¹ Wegen der allgegenwärtigen Angriffe und dem mangelnden Schutz durch staatliche Stellen entschied das Verfassungsgericht Kolumbiens im Januar 2022, dass die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Sicherheit vor Verfolgung ehemaliger FARC-Angehöriger derart weitverbreitet und wiederholt verletzt werden, dass deren derzeitige Lebensbedingungen einem sogenannten verfassungswidrigen Zustand gleichkommen (Urteil SU020/22 vom 27. Januar 2022).²²

Zur Zahl und zum Ausmaß an Angriffen auf aktuelle und frühere Angehörigen anderer nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen wie der Guerilla-Gruppe ELN (*Ejército de Liberación Nacional*) oder von paramilitärischen Gruppen liegen Amnesty International keine belastbaren Erkenntnisse vor.

Die Zunahme an Angriffen auf Vertreter_innen der Zivilgesellschaft und Vertreter_innen des politischen Spektrums in Kolumbien spiegelt sich auch in einer **Zunahme an Gewalt gegen die Zivilbevölkerung insgesamt** wieder, die vor allem seit den Jahren 2020 und 2021 erneut eskaliert ist.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen dokumentierten einen enormen Anstieg an Massakern²³ seit 2020: Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Indepaz* begingen bewaffnete Gruppen zwischen Januar 2020 und Mitte April 2022 insgesamt 220 Massaker mit 841 Todesopfern. 91 Massaker mit 338 Todesopfern fallen in das Jahr 2020, 96 Massaker mit 338 Todesopfern wurden für 2021 dokumentiert und für Januar bis Mitte April 2022 erfasste *Indepaz* weitere 33 Massaker mit 122 Todesopfern.²⁴
- Im Jahr 2021 wurden nach staatlichen Angaben fast 160.000 Menschen vertrieben²⁵ – fast 74.000 Menschen davon in sogenannten Massenvertreibungen²⁶. 2020 erfassten die Behörden noch rund

¹⁶ Die Zahlen sind verschiedenen Berichten der *Escuela Nacional Sindical* entnommen: Für das Jahr 2020 stammen die Daten aus ENS 2021, für das Jahr 2019 aus ENS 2019a und für die Jahre 2016 bis 2018 aus ENS 2019b (S. 22).

¹⁷ Die Zahlen sind verschiedenen Berichten der *Escuela Nacional Sindical* entnommen: Für das Jahr 2020 stammen die Daten aus ENS 2021, für das Jahr 2019 aus ENS 2019a und für die Jahre 1971 bis 2018 aus ENS 2020.

¹⁸ Bei den Wahlen wurden beide Kammern des Kongresses – Senat und Repräsentant:innen-Haus – neu gewählt.

¹⁹ MOE 2022: S. 7.

²⁰ UN SC 2022: Art. 51.

²¹ UN SC 2021: Art. 53.

²² CC 2022.

²³ Als Massaker werden in Kolumbien Straftaten bezeichnet, bei denen drei oder mehr durch das humanitäre Völkerrecht geschützte Personen in einem Zustand der Wehrlosigkeit am selben Ort, zur selben Zeit, unter denselben Umständen und von denselben Täter_innen absichtlich gleichzeitig getötet werden.

²⁴ Die Zahlen stammen aus der online einsehbaren Dokumentation von Massakern der Beobachtungsstelle für Menschenrechte, Konflikte und Frieden von *Indepaz* (2022b).

²⁵ Angaben des staatlichen Zentralregisters für Konfliktopfer Kolumbiens (UARIV 2022).



98.000 Binnenvertriebene²⁷, von denen rund 26.000 Opfer von Massenvertreibungen²⁸ wurden. Darüber hinaus erlebten 2021 über 65.000 Menschen länger anhaltende Situationen totaler Abriegelung von der Außenwelt (*confinement*)²⁹ durch von bewaffneten Gruppen auferlegte Ausgangssperren³⁰, 2020 waren es über 74.000 Menschen³¹.

Angehörige indigener und afrokolumbianischer Gemeinden sind überproportional häufig von Vertreibung und Abriegelung von der Außenwelt durch bewaffnete Gruppen betroffen gewesen: Von den rund 160.000 Binnenvertriebenen im Jahr 2021 gehörten rund 19.000 Personen (12 Prozent) indigenen und rund 45.000 Personen (28 Prozent) afrokolumbianischen Gruppen an.³² Von den rund 74.000 Massenvertriebenen im Jahr 2021 waren sogar 15 Prozent Indigene (rund 11.200 Personen) und 42 Prozent Afrokolumbianer_innen (rund 31.400 Personen).³³ Im Jahr 2020 waren von den rund 98.000 Binnenvertriebenen rund 15.500 Personen (16 Prozent) Indigene und rund 22.000 Personen (22 Prozent) Afrokolumbianer_innen.³⁴ Unter den rund 26.000 Massenvertriebenen des Jahres 2020 gehörten 20 Prozent indigenen Gruppen (rund 5.000 Personen) und 43 Prozent (rund 10.900 Personen) afrokolumbianischen Gruppen an.³⁵ Der Anteil von Angehörigen indigener und afrokolumbianischer Gruppen unter denjenigen, die über längere Zeiträume durch bewaffnete Gruppen von der Außenwelt abgeriegelt wurden, liegt sogar noch höher: Von den 2021 von *confinement* betroffenen über 65.000 Personen waren 67,5 Prozent Indigene (rund 44.300 Personen) und 18 Prozent Afrokolumbianer_innen (rund 11.600 Personen).³⁶ Im Jahr 2020 gehörten von den über 74.000 von *confinement* Betroffenen 35 Prozent (rund 26.000 Personen) indigenen und 23 Prozent (rund 17.000 Personen) afrokolumbianischen Gruppen an.³⁷

b) strukturelle Ursachen und Hintergründe von Verfolgungshandlungen

gegen Menschenrechtsverteidiger_innen und soziale Aktivist_innen, Angehörige ethnischer Bevölkerungsgruppen Journalist_innen, Gewerkschafter_innen und Politiker_innen

Täter_innen

Für die Angriffe auf HRDs und SLs sind sowohl nichtstaatliche bewaffnete Gruppen – paramilitärische Verbände sowie Guerilla-Gruppen – als auch Polizei, Militär und Vertreter_innen anderer staatlicher Stellen verantwortlich.

Nach Angaben des **Internationalen Komitees vom Roten Kreuz** (IKRK) dauern in Kolumbien aktuell **sechs interne bewaffnete Konflikte** an: In dreien davon steht der kolumbianische Staat der Guerilla-Gruppe ELN, nichtdemobilisierten Splittergruppen der früheren Guerilla-Gruppe FARC-EP sowie der paramilitärischen Gruppe *Autodefensas Gaitanistas de Colombia* (AGC) gegenüber. Die übrigen drei

²⁶ UN OCHA 2022: S. 1.

Als Massenvertreibung werden in Kolumbien Straftaten bezeichnet, bei denen zehn oder mehr Familien und/oder 50 oder mehr Personen am selben Ort, zur selben Zeit, unter denselben Umständen und von denselben Täter:innen vertrieben werden.

²⁷ Angaben des staatlichen Zentralregisters für Konfliktopfer Kolumbiens (UARIV 2022).

²⁸ UN OCHA 2022: S. 1.

²⁹ Als Situationen absoluter Abriegelung von der Außenwelt (*confinement*) werden Situationen bezeichnet, in denen Zivilpersonen bzw. Teile der Zivilbevölkerung für eine Woche oder länger durch bewaffnete Gruppen daran gehindert werden, sich frei zu bewegen, und gleichzeitig nur stark begrenzten oder gar keinen Zugang zu Grundversorgung mit Lebensmitteln, Gesundheitsleistungen, Wasser, Hygieneartikeln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs, Sanitäreinrichtungen und Bildung haben.

³⁰ UN OCHA 2022: S. 1.

³¹ UN OCHA 2021: S. 1.

³² Angaben des staatlichen Zentralregisters für Konfliktopfer Kolumbiens (UARIV 2022).

³³ UN OCHA 2022: S. 2.

³⁴ Angaben des staatlichen Zentralregisters für Konfliktopfer Kolumbiens (UARIV 2022).

³⁵ UN OCHA 2021: S. 1.

³⁶ UN OCHA 2022: S. 2.

³⁷ UN OCHA 2021: S. 1.



Konflikte betreffen die bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb verschiedener nichtdemobilisierter Splittergruppen der FARC-EP, Kämpfe zwischen der Guerilla-Gruppe ELN und der paramilitärischen Gruppe AGC sowie Kämpfe zwischen nichtdemobilisierten Splittergruppen der FARC-EP und der paramilitärischen Gruppe *Comandos de la Frontera – EB*.³⁸

Sowohl die vorgenannten als auch andere **nichtstaatliche bewaffnete Gruppen sind in einem Großteil des kolumbianischen Staatsgebietes präsent**. Dementsprechend groß sind ihre Möglichkeiten, bedrohte Personen auch nach einem Ortswechsel in einer weit entfernten Region zu verfolgen. Für 2020 dokumentierte die Menschenrechtsorganisation *Indepaz* Aktivitäten von paramilitärischen Gruppen in 27 der 32 Departments Kolumbiens, von nicht-demobilisierten Splittergruppen der Guerilla-Gruppe FARC-EP in 22 Departments sowie von der Guerilla-Gruppe ELN in 23 Departments.³⁹ Dem ELN werden dabei rund 2.450 bewaffnete Mitglieder zugerechnet, den nicht-demobilisierten Splittergruppen der FARC-EP rund 5.200 und den verschiedenen paramilitärischen Gruppen insgesamt zwischen rund 5.200 und 8.300.⁴⁰

Nach Unterzeichnung des Friedensvertrags von Regierung und FARC im November 2016 ist es dem kolumbianischen Staat nicht gelungen, das Machtvakuum, welches die sich zurückziehenden und demobilisierenden Guerilla-Kämpfer_innen vielerorts hinterließen, zu füllen. Stattdessen übernahmen hier andere nichtstaatliche bewaffnete Gruppen die territoriale und soziale Kontrolle. So ist allein die größte paramilitärische Gruppe *Autodefensas Gaitanistas de Colombia* (AGC), der in etwa 1.600 bis 1.770 bewaffnete Mitglieder zugerechnet werden, in 25 Departments des Landes – das heißt in über 90 Prozent des kolumbianischen Staatsgebietes – präsent.⁴¹

Die vollkommen unzureichende strafrechtliche Aufklärung und Strafverfolgung der **für Angriffe auf HRDs und SLs verantwortlichen Täter_innen und ihrer Auftraggeber_innen** (siehe unten) macht es unmöglich umfassend festzustellen, welche Gewaltakteure für welche und für wie viele Angriffe verantwortlich sind. Lediglich die Falldokumentationen kolumbianischer Menschenrechtsorganisationen liefern hier Hinweise: Nach Angaben des *Programa Somos Defensores* sind in der Mehrzahl der Morde an HRDs und SLs die Täter_innen nicht bekannt. So konnten dem Menschenrechtsbündnis zufolge in 285 zwischen Januar 2020 und September 2021 dokumentierten Morde an HRDs in 174 Fällen die Täter_innen bisher nicht identifiziert werden. In 48 Fällen gelten paramilitärische Gruppen, in 35 Fällen nicht demobilisierte Splittergruppen der FARC-EP, in 13 Fällen die Guerilla-Gruppe ELN und in 12 Fällen staatliche Sicherheitskräfte als mutmaßliche Verantwortliche.⁴² Im Fall von Todesdrohungen gegen HRDs hingegen ist eindeutig belegt, dass diese mehrheitlich von paramilitärischen Gruppen ausgehen: So dokumentierte *Programa Somos Defensores* bei insgesamt 1.105 Todesdrohungen, die das Netzwerk zwischen Januar 2020 und November 2021 erfasst hat, 403 seitens paramilitärischer Gruppen, 358 seitens unbekannter Akteur_innen, 160 seitens staatlicher Sicherheitskräfte, 132 seitens nicht demobilisierter Splittergruppen der FARC-EP und 49 seitens der Guerilla-Gruppe ELN.⁴³

Neben nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen sind **auch staatliche Stellen immer wieder für schwere Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungshandlungen größeren Ausmaßes gegen HRDs und SLs verantwortlich**. Die Angriffe reichen von weitreichendem rechtswidrigen Datensammeln und Anlegen von Personenprofilen (*profiling*) bis hin zu rechtswidriger Überwachung, dem Einsatz

³⁸ ICRC 2022: S. 3.

³⁹ *Indepaz* 2021b: S. 6–8.

⁴⁰ *Ibid.*

⁴¹ *Ibid.* S. 43.

⁴² PSD 2021a: S. 99; PSD 2021b: S. 117; PSD 2021c: S. 12–15.

⁴³ PSD 2021a: S. 104; PSD 2021b: S. 118; PSD 2021c: S. 8.

Die hohe Zahl an Todesdrohungen seitens staatlicher Sicherheitskräfte erklärt sich vor allem aus 116 Todesdrohungen, die das *Programa Somos Defensores* im Zusammenhang mit den landesweiten Demonstrationen in Kolumbien zwischen Ende April und Ende Juni 2021 dokumentiert hat.



unverhältnismäßiger und rechtswidriger Gewalt bei Demonstrationen sowie Vertreibung und außergerichtlichen Hinrichtungen.

- Für die Jahre 2020 und 2021 dokumentierte das Kolumbien-Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCHR) mindestens 127 Fälle mutmaßlich willkürlicher Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte.⁴⁴
- Bei landesweiten Protesten zwischen Ende April und Ende Juni 2021 haben staatliche Sicherheitskräfte eine Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen gegen friedlich Demonstrierende begangen:
 - Nach Angaben des Menschenrechtsnetzwerkes *Defender la Libertad* (DL) kamen bei Demonstrationen 89 Zivilist_innen gewaltsam zu Tode – in mindestens 36 Fällen waren dafür mutmaßlich staatliche Sicherheitskräfte verantwortlich.⁴⁵ Das UNHCHR-Büro in Kolumbien wiederum stellte bei 46 überprüften Todesfällen fest, dass für 28 staatliche Sicherheitskräfte verantwortlich waren.⁴⁶
 - Weiterhin dokumentierte das UNHCHR-Büro 60 Fälle sexualisierter Gewalt, von denen mindestens 16 von Polizei-Angehörigen begangen wurden.⁴⁷ Die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*, DP) erfasste wiederum 113 Fälle genderspezifischer Gewalt, von denen 112 von staatlichen Sicherheitskräften verübt worden seien.⁴⁸
 - Darüber hinaus wurden bei den Protesten *Defender la Libertad* zufolge 343 HRDs verbal und physisch angegriffen – größtenteils seitens staatlicher Sicherheitskräfte.⁴⁹
 - Die Menschenrechtsorganisation *Fundación para la Libertad de Prensa* dokumentierte außerdem 408 Angriffe auf Journalist_innen im Zusammenhang mit den Protesten, von denen über 50 Prozent von staatlichen Sicherheitskräften ausgingen.⁵⁰
 - Bereits im September 2020 stellte der Oberste Gerichtshof Kolumbiens in einem Grundsatzurteil fest, dass die Polizei immer wieder systematisch, willkürlich und unverhältnismäßig Gewalt gegen friedliche Demonstrierende eingesetzt habe und dringend reformiert werden müsse.⁵¹
- Im Mai 2020 wurde bekannt, dass *cyber intelligence*-Einheiten des Militärs mindestens 130 HRDs, Journalist_innen, Richter_innen, Politiker_innen und auch Mitarbeitende des Militärs rechtswidrig ausgespäht und Informationen über deren Wohnorte, Familien sowie private und berufliche Kontakte gesammelt hatten.⁵² Unter den Betroffenen befindet sich auch die von Amnesty International seit Lange unterstützte Menschen-, Land- und Umweltschutzrechtlerin Jani Silva.⁵³
- Darüber hinaus dokumentierte die Menschenrechtsorganisation *Fundación para la Libertad de Prensa* auch für das Jahr 2021, dass das Militär ohne gesetzliche Grundlage Informationen zu mindestens 57 Journalist_innen sammelte um Personenprofile anzulegen, etwa zu deren social media-Aktivitäten und Aufenthaltsorten.⁵⁴ Einzelne Journalist_innen berichteten zudem von langanhaltender rechtswidriger Überwachung und Todesdrohungen durch Militär-Angehörige.⁵⁵

⁴⁴ UNHCHR 2021: Art. 15; UNHCHR 2022a: Art. 34.

⁴⁵ DL 2021: S. 3.

⁴⁶ UNHCHR 2021b: Art. 92–93.

⁴⁷ Ibid. Art. 121, 123.

⁴⁸ Ibid. Art. 131.

⁴⁹ DL 2021: S. 6.

⁵⁰ FLIP 2022: S. 7.

⁵¹ CSJ 2020.

⁵² IACHR 2020; UNHCHR 2021a: Art. 20; FLIP 2021: S. 14–20.

⁵³ AI 2021a.

⁵⁴ AI 2022a.

⁵⁵ AI 2021d.



Darüber hinaus haben Amnesty International und andere kolumbianische und internationale Menschenrechtsorganisationen während der vergangenen 20 Jahre zahlreiche Fälle von **stiller Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen** in nahezu allen Regionen des Landes dokumentiert, in denen Staatsbedienstete bei Angriffen auf die Zivilbevölkerung insgesamt und auch auf bestimmte Vertreter_innen der Zivilgesellschaft in unterschiedlichem Grad mit nichtstaatlichen Kombattant_innen insbesondere von paramilitärischen Gruppen kooperierten. In einigen Fällen führten Angehörige nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen die Angriffe im Beisein staatlicher Sicherheitskräfte durch, ohne dass diese einschritten. In anderen Fällen erfolgten die Angriffe in Komplizenschaft mit staatlichen Sicherheitskräften, Strafverfolgungsbehörden oder anderen Staatsbediensteten, das heißt in geheimer Absprache und mit deren klandestiner Zustimmung, ohne dass diese etwas unternahmen um die Angriffe zu verhindern oder aufzuklären. In diversen Fällen unterstützten staatliche Stellen die Angriffe auch aktiv, etwa indem sie selbst Menschenrechtsverletzungen begingen, sich daran beteiligten, logistische Hilfe leisteten oder Informationen aus geheimdienstlichen Quellen, die sie etwa durch rechtswidrige Überwachung gewonnen hatten, beisteuerten. Dokumentiert hat Amnesty International Kollusion zwischen staatlichen Stellen und nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen unter anderem für

- die als *falsos positivos* bekannt gewordenen außergerichtlichen Hinrichtungen von mindestens rund 6.400 nachweislich unschuldigen Zivilist_innen, meist jungen Männer, durch staatliche Sicherheitskräfte vor allem zwischen 2002 und 2010⁵⁶,
- sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen⁵⁷,
- Vertreibung und Angriffe gegen ländliche Gemeinden⁵⁸,
- Übergriffe gegen friedlich Protestierende im Rahmen von sozialen Protesten und Demonstrationen⁵⁹,
- Angriffe auf Menschen, die sich gegen wirtschaftliche Großprojekte wie Wasserkraftwerke wehren⁶⁰,
- Übergriffe gegen HRDs und SLs in Form von weitreichenden illegalen Überwachungsmaßnahmen und Ausspähungen⁶¹ oder für
- Angriffe auf besonders sichtbare HRDs wie Jani Silva⁶² oder Danelly Estupiñán⁶³.

Schutzmechanismen des Staates

Kolumbien verfügt auf gesetzlicher und institutioneller Ebene im internationalen Vergleich über ein robustes Schutzsystem für HRDs und SLs, Journalist_innen, Gewerkschafter_innen, Politiker_innen und andere Vertreter_innen des öffentlichen Lebens, die Verfolgung erleben. Das **Schutzsystem weist jedoch eine ganze Reihe von Defiziten auf**⁶⁴:

- Die zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen haben vor allem reaktiven Charakter, werden jedoch kaum präventiv eingesetzt. Sie sind stark auf materiellen Schutz sowie auf den Schutz von

⁵⁶ HRW 2015; CCEEU 2013; AI 2008a, 2008b, 2008c; JEP 2021.

⁵⁷ AI 2004, 2011, 2012.

⁵⁸ AI 2020, 2017, 2015, 2014, 2010, 2009, 2008a, 2000.

⁵⁹ AI 2021b, 2021c, 2022b.

⁶⁰ AI et al. 2021; AI 2018a, 2018b, 2018c, 2018d, 2018e, 2019d.

⁶¹ Siehe die in den Fußnoten 52 bis 55 aufgeführten Berichte des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte, von Amnesty International und der *Fundación para la Libertad de Prensa* sowie weitere Berichte von Amnesty International (AI 2008a) und der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR 2011: Art. 209–219; 2009: Art. 123–140).

⁶² AI 2020; CIJP 2022.

⁶³ Siehe die Berichte von Amnesty International in Fußnote 13 sowie mehrere Zeitungsartikel von *El Espectador* (2019b, 2019c).

⁶⁴ Siehe für weitere Hintergründe die in den Fußnoten 1, 4 und 7 aufgeführten Berichte des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, des früheren UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechtsverteidiger_innen Michel Forst sowie von Amnesty International, Human Rights Watch und *Programa Somos Defensores*.



Einzelpersonen, aber nicht von Gruppen ausgerichtet, und sie sind für den Einsatz vor allem in ländlichen Gebieten oft ungeeignet.

- Zudem werden viele der Schutzmaßnahmen in der Praxis nur unzureichend oder gar nicht erst umgesetzt oder zu langsam oder überhaupt nicht gewährt. Grund für die unzureichende Umsetzung von Schutzmaßnahmen sind eine oft wenig effiziente interinstitutionelle Koordination, Personalmangel, unzureichendes technisches und rechtliches Wissen und oft auch mangelnder politischer Wille bei den für die Implementierung verantwortlichen Stellen.
- Als besonders defizitär gilt die Entwicklung und Implementierung von Kollektivschutzmaßnahmen für Gemeinden und Organisationen sowie von Präventionsmaßnahmen. Auch bei der Bekämpfung der strukturellen Ursachen, die hinter Angriffen stecken – insbesondere die weitverbreitete Straflosigkeit – machen die Behörden kaum Fortschritte.

Nach Angaben der kolumbianischen Regierung hatte die für Personenschutz und die Umsetzung der meisten Schutzmaßnahmen zuständige Nationale Schutzstelle (*Unidad Nacional de Protección*, UNP) von Januar bis Oktober 2021 6.244 Individualschutzmaßnahmen für HRDs gewährt; insgesamt lagen der Behörde 25.777 solcher Gesuche vor.⁶⁵ Im gesamten Jahr 2020 gewährte die Behörde rund 1.600 Individualschutzmaßnahmen für 3.686 HRDs⁶⁶, bei insgesamt über 11.000 Anträgen auf Individualschutz, die HRDs der Behörde vorgelegt hatten⁶⁷. Darüber hinaus genehmigte die Behörde von Januar bis November 53 Pakete an Kollektivschutzmaßnahmen, von denen bis Ende 2020 jedoch kein einziges umgesetzt war.⁶⁸ Von 2016 bis 2020 hatte die Behörde von 915 Anträgen auf Kollektivschutz nur 16 Prozent (das heißt 146 Anträge) gewährt⁶⁹.

Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen haben zahlreiche Fälle dokumentiert, in den HRDs oder SLs ermordet und oder in andere Weise angegriffen wurden, die (1) Schutzmaßnahmen von staatlichen Stellen erhielten, die sich jedoch als nicht ausreichend herausgestellt haben, die (2) Schutzmaßnahmen beantragt, aber nicht erhalten hatten, oder denen (3) bereits gewährte Schutzmaßnahmen wieder entzogen worden waren.⁷⁰

Straflosigkeit

Als wesentliche Ursache, warum Verfolgungshandlungen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen und soziale Aktivist_innen in Kolumbien weiter ansteigen, gilt die in der überwiegenden Zahl der Fälle **ausbleibende oder unzureichende Strafverfolgung der Angriffe**. So wurden nach Angaben der kolumbianischen Regierung in 145 Fällen von Morden an HRDs, die die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*, DP) für das Jahr 2021 dokumentiert hat, lediglich in einem Fall ein Urteil gesprochen.⁷¹ In 421 Fällen von Morden an HRDs, die die UN zwischen Januar 2016 und Dezember 2020 dokumentiert und den Strafverfolgungsbehörden für weitere Ermittlungen zur Verfügung gestellt haben, wurden lediglich in 65 Fällen – 15 Prozent – die verantwortlichen Täter_innen verurteilt (Stand: Januar 2021).⁷² Für 369 zwischen 2010 und 2015 von den UN dokumentierte Morde an HRDs wurden der Generalstaatsanwaltschaft Kolumbiens zufolge bis

⁶⁵ UNHCHR 2022a: Art. 47.

⁶⁶ IACHR 2021: S. 817 (Art. 448).

⁶⁷ HRW 2021: S. 72.

⁶⁸ Ibid. S. 79.

⁶⁹ UNHCHR 2022a: Art. 49.

⁷⁰ Siehe die Falldokumentationen in den in den Fußnoten 1, 4 und 7 aufgeführten Berichten von Amnesty International, Human Rights Watch, *Programa Somos Defensores*, des früheren UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechtsverteidiger_innen Michel Forst und des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte sowie in früheren UNHCHR-Jahresberichten (UNHCHR 2019, 2018, 2017).

⁷¹ UNHCHR 2022a: Art. 46.

⁷² IACHR 2021: S. 834 (Art. 45).



Dezember 2020 Beschuldigte in 37 Fällen – zehn Prozent – verurteilt.⁷³ Daneben gibt die Behörde an, dass es in nur sechs von 3.375 Fällen von Todesdrohungen gegen HRDs, die sie für den Zeitraum 2015 bis Februar 2021 untersucht, Verurteilungen gegeben hat.⁷⁴

Auffällig ist darüber hinaus auch, dass in den wenigen Fällen von Angriffen auf HRDs, in denen überhaupt Gerichtsurteile gesprochen wurden, die überwiegende Zahl der Urteile lediglich die Haupttäter_innen verurteilt, nicht jedoch diejenigen, die zu den Morden angestiftet oder diese in Auftrag gegeben haben. Nach eigenen Angaben hat die Generalstaatsanwaltschaft Kolumbiens für von ihr untersuchte Morde an HRDs 85 Auftraggeber_innen „identifiziert“ und in zehn Fällen hätten ihre Ermittlungen zu Schuldsprüchen geführt.⁷⁵

Bei anderen Verfolgungshandlungen gegen HRDs und SLs wie Mordanschläge, Verschwindenlassen oder sexualisierter Gewalt liegen Amnesty International keine Erkenntnisse zu Verurteilungen vor. Hinsichtlich Verfolgungshandlungen gegen Journalist_innen, Gewerkschafter_innen, Politiker_innen und aktuelle oder frühere Angehörige nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen liegen Amnesty International ebenso keine Informationen zum Stand strafrechtlicher Ermittlungen vor. Angesichts der strukturellen Ursachen, die für die hohe Straflosigkeit bei Angriffen auf HRDs und SLs maßgeblich verantwortlich sind – insbesondere unzureichende finanzielle Mittel, Personalnot und mangelnde technische Ausstattung bei den Strafverfolgungsbehörden, aber auch Defizite bei Ausbildung, technischer Expertise und politischem Willen – ist von einer ähnlich niedrigen Anzahl an Verurteilungen bei Mordfällen bzw. noch deutlich niedrigeren Zahlen an Verurteilungen bei allen anderen Straftaten auszugehen.

c) Prognose zum vorliegenden Fall

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Erkenntnisse kommt Amnesty International in Beantwortung der Frage des Gerichts zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Menschenrechtsverteidiger_innen und sozial engagierte Aktivist_innen, Gewerkschafter_innen, Journalist_innen, Politiker_innen und auch ehemalige Kombattant_innen nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen sehen sich in Kolumbien einem landesweit hohen Verfolgungsrisiko ausgesetzt, welches insbesondere seit Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerilla-Gruppe FARC-EP im November 2016 nochmals deutlich und kontinuierlich zugenommen hat.
- Die genauen Verfolgungsrisiken gestalten sich dabei für jede der vorgenannten Gruppen unterschiedlich. Generell ist jedoch festzustellen, dass das Risiko, Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Verfolgungshandlungen in Kolumbien zu werden, dann besonders hoch ist, wenn (a) die Aktivitäten der betroffenen Person wirtschaftlichen oder politischen Interessen einflussreicher Interessengruppen entgegenstehen und (b) wenn die Verfolgungshandlung mit aktiver Beteiligung staatlicher Stellen wie Ermittlungsbehörden, Sicherheitskräften oder anderer Vertreter_innen der Exekutive oder der Legislative stattfindet, das heißt von diesen beauftragt, gefördert, unterstützt, toleriert oder nicht unterbunden wird. Insbesondere in diesen Fällen ist es ein realistisches Szenario, dass die Betroffenen auch in weit von ihren Herkunftsorten entfernten Regionen weiter zum Ziel von Angriffen werden – unabhängig davon, ob sie sich in städtischen oder ländlichen Gebieten aufhalten – und ihnen in Kolumbien somit keine interne Fluchtalternative zum Schutz vor Verfolgung zur Verfügung steht.
- Eine genauere Prognose für Verfolgungsrisiken kann selbstredend nur für jeden Einzelfall individuell abgegeben werden. **Im vorliegenden Fall scheint** unter Berücksichtigung der zur Verfügung

⁷³ HRW 2021: S. 108.

⁷⁴ PSD 2021a: S. 105.

⁷⁵ HRW 2021: S. 109.



stehenden Sachverhaltsinformationen **eine Verfolgung in anderen Teilen des kolumbianischen Staatsgebiets auch über den Herkunftsort des Betroffenen (Buenaventura) hinaus ein durchaus vorstellbares Szenario**, insbesondere dann, wenn an den Verfolgungshandlungen staatliche Stellen in irgendeiner Form unterstützend beteiligt waren und wenn die Aktivitäten des Betroffenen wirtschaftlich-politischen Interessen einflussreicher Interessengruppen in der Region entgegen liefen.

2. Kann eine solche Person, unterstellt sie ist arbeitsfähig und gesund, an dem Ort der Zuflucht ihre wirtschaftliche Existenz sichern?

Angehörige ethnischer Bevölkerungsgruppen – insbesondere Indigene und Afrokolumbianer_innen – sehen sich in Kolumbien weiterverbreitetem Rassismus und Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft und ihrer ethnischen Zugehörigkeit ausgesetzt. Dies zeigt sich einerseits darin, dass sie überproportional oft Gewalt erleben (siehe die entsprechenden Angaben in den Antworten zu Frage 1), andererseits aber auch in im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich schlechteren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben.

a) Überblick zu einigen Dimensionen und Formen von Rassismus und struktureller Diskriminierung gegen Angehörige ethnischer Gruppen in Kolumbien

In seinen abschließenden Bemerkungen zum 17. bis 19. Staatenbericht Kolumbiens stellt der UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) fest, dass afrokolumbianische (und indigene) Gemeinden in Kolumbien weiterhin **anhaltende, historisch verwurzelte, strukturelle Diskriminierung** erleben. Dem Ausschuss zufolge müssen Angehörige dieser ethnischen Gruppen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung viel größere Hürden überwinden um Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten zur Sicherung ihrer Existenz zu erhalten. Sie haben vor allem in ländlichen Gebieten ebenfalls schlechteren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und Bildungseinrichtungen. Zudem sind die Mitglieder indigener und afrokolumbianischer Gruppen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung nicht angemessen repräsentiert.⁷⁶ Zivilgesellschaftliche Organisationen⁷⁷ und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte⁷⁸ kommen in ihren Untersuchungen zu ähnlichen Ergebnissen.

Die strukturelle Diskriminierung afrokolumbianischer (und indigener) Bevölkerungsgruppen zeigt sich auch messbar in im Vergleich zur Gesamtbevölkerung **deutlich prekäreren Lebensbedingungen**: Nach Angaben des Nationalen Statistikamtes (DANE) Kolumbiens sind Angehörige afrokolumbianischer (und indigener) Bevölkerungsgruppen deutlich häufiger von Armut betroffen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. So gelten aktuell 29,2 Prozent aller Kolumbianer_innen, die sich afrokolumbianischen Gruppen zugehörig fühlen, sowie 50 Prozent aller Kolumbianer_innen, die sich indigenen Gruppen zugehörig fühlen, als arm im Sinne eines mehrdimensionalen Armutsbegriffs⁷⁹. Für die Gesamtbevölkerung trifft dies jedoch nur auf 18,1 Prozent aller Kolumbianer_innen zu.⁸⁰

⁷⁶ UN CERD 2020: Art. 16–17.

⁷⁷ PCN et al. 2019; AFRODES et al. 2019. Siehe speziell mit Blick auf den Zugang von Afrokolumbianer:innen zu Land auch Berichte von Amnesty International (AI 2017, 2015).

⁷⁸ IACHR 2021: S. 764–769 (Art. 259–278).

⁷⁹ Mehrdimensionale Armut (*Multidimensional Poverty Index*, MPI) ist ein Index des Entwicklungsprogramms der UN (UNDP) um in einer Kennzahl die verschiedenen Dimensionen von Armut abzubilden. In Kolumbien wird der Index anhand von 15 Armutsindikatoren aus fünf Lebensbereichen ermittelt: Zugang zu Bildung, Zugang zu Arbeit, Zugang zu Gesundheit, Zugang zu angemessenem Wohnraum und grundlegender Sanitärinfrastruktur, sowie der spezifischen Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen.

⁸⁰ DANE 2021: S. 93. Erhebungen zur Prävalenz mehrdimensionaler Armut hat das Nationale Statistikamt zuletzt für 2020 durchgeführt.



Mit Blick auf einzelne **sozioökonomische Indikatoren**⁸¹ wird diese Diskriminierung noch deutlicher sichtbar:

- 40,8 Prozent aller Afrokolumbianer_innen – jedoch nur 27,8 Prozent aller Kolumbianer_innen insgesamt – gelten als einkommensarm; davon leben 17,4 Prozent aller Afrokolumbianer_innen aber nur 9,2% aller Kolumbianer_innen in extremer Armut.⁸²
- In 81 Prozent aller afrokolumbianischen Haushalte arbeitet mindestens eine Person in einem informellen Beschäftigungsverhältnis; unter der Gesamtbevölkerung betrifft dies nur 72,3 Prozent aller Haushalte.⁸³
- In 36,3 Prozent aller afrokolumbianischen Haushalte lebt mindestens ein minderjähriges Kind, das weniger Schuljahre abgeschlossen hat als der Bevölkerungsdurchschnitt Kolumbiens; unter der Gesamtbevölkerung trifft dies nur auf 28,6 Prozent aller Haushalte zu.⁸⁴
- In 14,3 Prozent aller afrokolumbianischen Haushalte lebt mindestens ein_e Analphabet_in; unter der Gesamtbevölkerung betrifft dies nur 10,1 Prozent aller Haushalte.⁸⁵
- Unter allen afrokolumbianischen Haushalten haben 33 Prozent keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 21 Prozent keinen Zugang zu angemessener Sanitärversorgung; in Kolumbien insgesamt betrifft dies nur 11 bzw. 6 Prozent aller Haushalte.⁸⁶

Während der Covid-19-Pandemie hat sich die soziale Ungleichheit in Kolumbien nochmals verschärft: die Arbeitslosenzahlen sind gestiegen, informelle Beschäftigungsverhältnisse haben stark zugenommen, die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ist stark angewachsen.⁸⁷ Angesichts der strukturellen Ursachen von Diskriminierung, ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die **negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie überproportional stark auf afrokolumbianische und indigene Bevölkerungsgruppen ausgewirkt und deren Lebensbedingungen nochmals verschlechtert haben.**

b) Prognose zum vorliegenden Fall

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Erkenntnisse kommt Amnesty International in Beantwortung der Frage des Gerichts zu folgender Schlussfolgerung:

- Angehörige ethnischer Gruppen, insbesondere Afrokolumbianer_innen und Indigene, sehen sich in Kolumbien Rassismus und struktureller Diskriminierung ausgesetzt, die sich auch in messbarer Benachteiligung beim Zugang zu Arbeit niederschlägt. Die Benachteiligung von Afrokolumbianer_innen und Indigenen beim Zugang zu Arbeit und die negativen Auswirkungen dieser Diskriminierung – ein erhöhtes Armutsrisiko, ein erhöhtes Risiko für Arbeitslosigkeit und ein erhöhtes Risiko, häufig in informellen Arbeitsverhältnissen beschäftigt zu sein – haben sich aller Wahrscheinlichkeiten nach während der Pandemie nochmals verschärft.
- **Im Fall des Klägers scheint es deshalb nicht unwahrscheinlich, dass unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Informationen und in Abhängigkeit von dessen ethnischer Zugehörigkeit und beruflichen Qualifikation, dieser objektiv durchaus große Hürden bei der Arbeitssuche überwinden müsste und entsprechend sichtbare Schwierigkeiten bei der Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz erleben könnte.**

⁸¹ Sämtliche nachfolgende Angaben geben den Stand von 2018 wieder. Neuere Daten sind bisher nicht verfügbar.

⁸² ECLA 2020: S. 107.

⁸³ DANE 2019: S. 66.

⁸⁴ Ibid.

⁸⁵ Ibid.

⁸⁶ ECLA 2021: S. 11–12.

⁸⁷ Siehe etwa die Makrodaten zu Kolumbien der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA 2022).



Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen:

- Quellenverzeichnis



Anlage 1

QUELLENVERZEICHNIS

AFRODES et al. 2019 = Asociación de Afrocolombianos Desplazados (AFRODES) et al., 2019: *Incumplimiento sostenido del Estado de Colombia del ICERD y sus Observaciones Finales. Informe Alternativo presentado al Comité para la Eliminación de la Discriminación Racial (CERD) en su 100th Período de Sesiones en que se considerará el Informe presentado por el Estado Colombiano*. Datum: 31. Oktober 2019. Online verfügbar unter: https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/COL/INT_CERD_NGO_COL_38623_S.pdf

AI 2022a = Amnesty International (AI), 2022a: *Kolumbien. Amnesty International Report 2021/22*. POL 10/4870/2022. Datum: 29. März 2022. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/kolumbien-2021>

AI 2022b = Amnesty International (AI), 2022b: *Kolumbien: Neue Beweise für tödliche Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrierende*. Datum: 25. Februar 2022. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/kolumbien-neue-beweise-toedliche-polizeigewalt>

AI 2021a = Amnesty International (AI), 2021a: *Kolumbien. Amnesty International Report 2020/21*. POL 10/3202/2021. Datum: 07. April 2021. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/kolumbien-2020>

AI 2021b = Amnesty International (AI), 2021b: *Cali: In the epicenter of repression: Human rights violations during the 2021 national strike in Cali, Colombia*. AMR 23/4405/2021. Datum: 30. Juli 2021. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/4405/2021/en/>

AI 2021c = Amnesty International (AI), 2021c: *Shoots on sight: eye trauma in the context of the National Strike*. AMR 23/5005/2021. Datum: 26. November 2021. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/5005/2021/en/>

AI 2021d = Amnesty International (AI), 2021d: *Kolumbien: Journalist muss geschützt werden*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-091/2021. AI-Index: AMR 23/4654/2021. Datum: 27. August 2021. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kolumbien-jose-alberto-tejada-journalist-muss-geschuetzt-werden-2021-08-30>

AI 2020 = Amnesty International (AI), 2020: *Why do they want to kill us? Lack of safe space to defend human rights in Colombia*. AMR 23/3009/2020. Datum: 08. Oktober 2020. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/3009/2020/en/>

AI 2019a = Amnesty International (AI), 2019a: *Kolumbien: Menschenrechtlerin in Gefahr*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-091/2019. AI-Index: AMR 23/0621/2019. Datum: 01. Juli 2019. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kolumbien-menschenrechtlerin-gefahr-2019-07-02>

AI 2019b = Amnesty International (AI), 2019b: *Kolumbien: Menschenrechtlerin in Lebensgefahr*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-091/2019-1. AI-Index: AMR 23/0874/2019. Datum: 13. August 2019. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kolumbien-menschenrechtlerin-lebensgefahr-2019-08-13>

AI 2019c = Amnesty International (AI), 2019c: *Kolumbien: Angriffe auf Menschenrechtlerin werden untersucht*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-091/2019-2. AI-Index: AMR 23/1068/2019. Datum: 25. September 2019. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/erfolg/kolumbien-angriffe-auf-menschenrechtlerin-werden-untersucht-2019-09-26>

AI 2019d = Amnesty International (AI) (2019d): *Kolumbien: Familien droht Vertreibung*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-057/2019. AI-Index: AMR 23/0299/2019. Datum: 3. Mai 2019. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kolumbien-familien-drohtvertreibung-2019-05-06>

AI 2018a = Amnesty International (AI) (2018a): *Colombia: Authorities must investigate killings of community leaders and take urgent action to protect human rights defenders*. Datum: 11. Mai 2018. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/05/colombia-authorities-must-investigate-killings-of-community-leaders-and-take-urgent-action-toprotect-human-rights-defenders/>



AI 2018b = Amnesty International (AI) (2018b): *Colombia: State must provide assistance to people affected by the Hidroituango project*. Datum: 24. Mai 2018. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/05/colombia-estado-debebrindar-asistencia-a-personas-afectadas-por-el-proyecto-hidroituango/>

AI 2018c = Amnesty International (AI) (2018c): *Kolumbien: Weiterer Umweltschützer getötet*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-088/2018-1. AI-Index: AMR 23/8384/2018. Datum: 10. Mai 2018. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kolumbien-weitereumweltschuetzer-getoetet-2018-05-11>

AI 2018d = Amnesty International (AI) (2018d): *Kolumbien: Angehörige von Umweltschützern getötet*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-088/2018-2. AI-Index: AMR 23/9160/2018. Datum: 26. September 2018. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kolumbien-angehoerige-von-umweltschuetzern-getoetet-2018-09-27>

AI 2018e = Amnesty International (AI) (2018e): *Kolumbien: Umweltschützer getötet, weitere in Gefahr*. Urgent Action. UA-Nummer: UA-088/2018. AI-Index: AMR 23/8360/2018. Datum: 7. Mai 2018. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kolumbienumweltschuetzer-getoetet-2018-05-09>

AI 2017 = Amnesty International (AI), 2017: *The years of solitude continue. The peace agreement and guarantees of non-repetition in Chocó*. AMR 23/7425/2017. Datum: 22. November 2017. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/7425/2017/en/>

AI 2015 = Amnesty International (AI), 2015: *Restoring the land, securing the peace: Indigenous and Afro-descendant territorial rights*. AMR 23/2615/2015. Datum: 04. November 2015. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/2615/2015/en/>

AI 2014 = Amnesty International (AI), 2014: *A land title is not enough: Ensuring sustainable land restitution in Colombia*. AMR 23/0031/2014. Datum: 27. November 2014. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/0031/2014/en/>

AI 2012 = Amnesty International (AI), 2012: *Hidden from justice: Impunity for conflict-related sexual violence, a follow-up report*. AMR 23/031/2012. Datum: 04. Oktober 2012. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/031/2012/en/>

AI 2011 = Amnesty International (AI), 2011: *„This is what we demand, justice!“: Impunity for sexual violence against women in Colombia’s armed conflict*. AMR 23/018/2011. Datum: 21. September 2011. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/018/2011/en/>

AI 2010 = Amnesty International (AI), 2010: *The struggle for survival and dignity: Human rights abuses against indigenous peoples in Colombia*. AMR 23/001/2010. Datum: 23. Februar 2010. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/001/2010/en/>

AI 2009 = Amnesty International (AI), 2009: *Everything Left Behind: Internal displacement in Colombia*. AMR 23/015/2009. Datum: 16. Juli 2009. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/015/2009/en/>

AI 2008a = Amnesty International (AI), 2008a: *„Leave us in peace!“ : Targeting civilians in Colombia’s internal armed conflict*. AMR 23/023/2008. Datum: 28. Oktober 2008. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/023/2008/en/>

AI 2008b = Amnesty International (AI), 2008b: *Assisting units that commit extrajudicial killings: A call to investigate US military policy toward Colombia*. AMR 23/016/2008. Datum: 09. April 2008. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/016/2008/en/>

AI 2008c = Amnesty International (AI), 2008c: *Blood at the Crossroads: Making the case for a global Arms Trade Treaty*. ACT 30/011/2008. S. 13–21. Datum: 17. September 2008. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/act30/011/2008/en/>

AI 2004 = Amnesty International (AI), 2004: *„Scarred bodies, hidden crimes“: Sexual Violence against women in the armed conflict*. AMR 23/040/2004. Datum: 12. Oktober 2004. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/040/2004/en/>

AI 2000 = Amnesty International (AI), 2000: *Return to hope – forcibly displaced communities of Urabá and Medio Atrato region*. AMR 23/023/2000. Datum: 31. Mai 2000. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/023/2000/en/>



AI et al. 2021 = Amnesty International (AI) et al., 2021: „*Sie haben den Fluss getötet.*“ *Hidroituango-Staudamm in Kolumbien*. Dossier. Dezember 2021. Online verfügbar unter:

<https://www.amnesty.de/informieren/positionspapiere/kolumbien-factsheet-hidroituango-staudamm>

CCEEU 2013 = Coordinación Colombia–Europa–Estados Unidos (CCEEU), 2013: *Ejecuciones extrajudiciales en Colombia 2002–2010. Crímenes de lesa humanidad bajo el mandato de la política de defensa y seguridad democrática*. Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario. Documento temático no. 8. Januar 2013. Online verfügbar unter: <https://coeuropa.org.co/ejecuciones-extrajudiciales-en-colombia-2002-2010-crímenes-de-lesa-humanidad-bajo-el-mandato-de-la-politica-de-defensa-y-seguridad-democratica/>

Coalico 2019 = Coalición contra la vinculación de niños, niñas y jóvenes al conflicto armado en Colombia (COALICO), 2019: *Comunicado Público: La COALICO rechaza el atentado contra la vida del líder Carlos Alberto Tovar Mosquera en Buenaventura y se suma al clamor nacional por el respeto a los y las lideresas de Colombia*. Datum: 26. Juli 2019. Online verfügbar unter:

<https://coalico.org/prensa/comunicados-publicos/comunicado-publico-la-coalico-rechaza-el-atentado-contra-la-vida-del-lider-carlos-alberto-tovar-mosquera-en-buenaventura-y-se-suma-al-clamor-nacional-por-el-respeto-a-los-y-las-lideresas-de-colombia-2/>

CC 2022 = Corte Constitucional de Colombia (CC), 2022: *Sentencia SU020/22 del 27 de enero de 2022*. Datum: 27. Januar 2022. Online verfügbar unter: <https://www.corteconstitucional.gov.co/Relatoria/2022/SU020-22.htm>

CIJP 2022 = Comisión Intereclesial de Justicia y Paz (CIJP), 2022: *Perla Amazónica*. Stand: 18. April 2022. Online verfügbar unter: <https://www.iusticiaypazcolombia.com/comunidades/putumayo/perla-amazonica/>

CSJ 2020 = Corte Suprema de Justicia (CSJ – Sala de Casación Penal (SCP), 2020: *Sentencia STC7641-2020 del 22 de septiembre de 2020. Núm. de radicación: 11001-22-03-000-2019-02527-02*. Datum: 22. September 2020. Online verfügbar unter:

<https://cortesuprema.gov.co/corte/index.php/2020/09/22/corte-suprema-ordena-medidas-para-garantizar-derecho-a-protesta-pacifica/>

DANE 2021 = Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE), 2021: *Pobreza Multidimensional. Resultados 2020*. Datum: 02. September 2021. Online verfügbar unter:

https://www.dane.gov.co/files/investigaciones/condiciones_vida/pobreza/2020/presentacion-rueda-de-prensa-pobreza-multidimensional-20.pdf

DANE 2019 = Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE), 2019: *Población Negra, Afrocolombiana, Raizal y Palenquera (NARP). Resultados del Censo Nacional de Población y Vivienda 2018*. Datum: 06. November 2019. Online verfügbar unter:

<https://www.dane.gov.co/files/investigaciones/boletines/grupos-etnicos/presentacion-grupos-etnicos-poblacion-NARP-2019.pdf>

DL 2021 = Defender la Libertad, 2021: *El sometimiento de la democracia. Un balance del derecho a la protesta social en Colombia en el año 2021*. Datum: 16. Dezember 2021. Online verfügbar unter:

<https://defenderlalibertad.com/el-sometimiento-de-la-democracia-un-balance-del-derecho-a-la-protesta-social-en-colombia-en-el-ano-2021/>

ECLA 2022 = Economic Commission for Latin America (ECLA), 2022: *Social panorama of Latin America*. Januar 2022. Online verfügbar unter: <https://www.cepal.org/en/publications/47719-social-panorama-latin-america-2021>

ECLA 2021 = Economic Commission for Latin America (ECLA), 2021: *People of African descent and COVID-19: unveiling structural inequalities in Latin America*. Januar 2021. Online verfügbar unter:

<https://www.cepal.org/en/publications/46621-people-african-descent-and-covid-19-unveiling-structural-inequalities-latin>

ECLA 2020 = Economic Commission for Latin America (ECLA), 2020: *Afrodescendientes y la matriz de la desigualdad social en América Latina: retos para la inclusión*. Oktober 2020. Online verfügbar unter:

<https://www.cepal.org/es/publicaciones/46191-afrodescendientes-la-matriz-la-desigualdad-social-america-latina-retos-la>

El Espectador 2019a = El Espectador, 2019a: *La lucha de Temístocles Machado: más viva que nunca*. Datum: 28. Januar 2019. Online verfügbar unter:

<https://www.elespectador.com/colombia-20/paz-y-memoria/la-lucha-de-temistocles-machado-mas-viva-que-nunca-article/>



El Espectador 2019b = El Espectador, 2019b: *¿Agentes del CTI asedian a una lideresa social de Buenaventura?* Datum: 02. Juli 2019. Online verfügbar unter: <https://www.elespectador.com/colombia-20/conflicto/agentes-del-cti-asedian-a-una-lideresa-social-de-buenaventura-article/>

El Espectador 2019c = El Espectador, 2019c: *Las ansias de justicia son superiores a los riesgos: Lideresa de Buenaventura amenazada.* Datum: 15. Februar 2019. Online verfügbar unter: <https://www.elespectador.com/colombia-20/conflicto/las-ansias-de-justicia-son-superiores-a-los-riesgos-lideresa-de-buenaventura-amenazada-article/>

El Tiempo 2018 = El Tiempo, 2018: *Temístocles Machado. La muerte de este valeroso líder de Buenaventura se suma a las 170 registradas el año pasado.* Datum: 30. Januar 2018. Online verfügbar unter: <https://www.eltiempo.com/opinion/editorial/asesinato-de-temistocles-machado-176646>

ENS 2021 = Escuela Nacional Sindical (ENS), 2021: *Los derechos humanos, la democracia, la paz y la libertad sindical: agendas en crisis.* Datum: 28. September 2021. Online verfügbar unter: <https://ail.ens.org.co/informe-especial/los-derechos-humanos-la-democracia-la-paz-y-la-libertad-sindical-agendas-en-crisis-2/>

ENS 2020 = Escuela Nacional Sindical (ENS), 2020: *El país de los 3.240 sindicalistas asesinados.* Datum: 21. September 2020. Online verfügbar unter: <https://ail.ens.org.co/informe-especial/el-pais-de-los-3-240-sindicalistas-asesinados/>

ENS 2019a = Escuela Nacional Sindical (ENS), 2019a: *En 2019 siguió la violencia antisindical en Colombia. Estas son las cifras.* Datum: 10. Dezember 2019. Online verfügbar unter: <https://ail.ens.org.co/informe-especial/en-2019-siguio-la-violencia-antisindical-en-colombia-estas-son-las-cifras/>

ENS 2019b = Escuela Nacional Sindical (ENS), 2019b: *La paz se construye con garantías para la libertad sindical. Informe sobre violaciones a los derechos humanos de los y las sindicalistas en Colombia, 2016-2018.* Cuaderno de Derechos Humanos no. 26. Mai 2019.

FGN 2021 = Fiscalía General de la Nación (FGN), 2021: *Cerca de 47 años de prisión para hombres involucrados en el crimen del defensor de derechos humanos Temístocles Machado Rentería.* Datum: 06. Mai 2021. Online verfügbar unter: <https://www.fiscalia.gov.co/colombia/seccionales/cerca-de-47-anos-de-prision-para-hombres-involucrados-en-el-crimen-del-defensor-de-derechos-humanos-temistocles-machado-renteria/>

FGN 2020 = Fiscalía General de la Nación (FGN), 2020: *Responsable de asesinato del líder social Temístocles Machado fue condenado a 23 años de cárcel.* Datum: 29. August 2020. Online verfügbar unter: <https://www.fiscalia.gov.co/colombia/hay-justicia/responsable-de-asesinato-del-lider-social-temistocles-machado-fue-condenado-a-23-anos-de-carcel/>

FLIP 2022 = Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP), 2022: *¡Salvemos el periodismo! Revista Páginas para la libertad de expresión.* Ausgabe #3, Februar 2022. Datum: 08. Februar 2022. Online verfügbar unter: <https://flip.org.co/index.php/es/publicaciones/informes-anuales/item/2846-salvemos-al-periodismo>

FLIP 2021 = Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP), 2021: *El periodismo no es el enemigo. Revista Páginas para la libertad de expresión.* Ausgabe #1, Februar 2021. Datum: 08. Februar 2021. Online verfügbar unter: <https://flip.org.co/index.php/es/publicaciones/informes-anuales/item/2666-el-periodismo-no-es-el-enemigo>

FLIP 2020 = Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP), 2020: *Callar y fingir. La censura de siempre. Informe sobre el estado de la libertad de prensa en Colombia 2019.* Datum: 08. Februar 2020. Online verfügbar unter: <https://flip.org.co/index.php/es/publicaciones/informes-anuales/item/2463-informe-anual-2019-callar-y-fingir-la-censura-de-siempre>

FLIP 2019 = Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP), 2019: *Prensa acorralada: Un juego de violentos y poderosos. Informe sobre el estado de la libertad de prensa en Colombia 2018.* Datum: 07. Februar 2019. Online verfügbar unter: <https://flip.org.co/index.php/es/publicaciones/informes-anuales/item/2315-informe-anual-prensa-acorralada-un-juego-de-violentos-y-poderosos>

FLIP 2018 = Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP), 2018: *Estado depredador. Informe sobre el estado de la libertad de prensa en Colombia 2017.* Datum: 08. Februar 2018. Online verfügbar unter: <https://flip.org.co/index.php/es/publicaciones/informes-anuales/item/2188-informe-anual-2017-un-estado-depredador-de-la-libertad-de-prensa>



FLIP 2017 = Fundación para la Libertad de Prensa (FLIP), 2017: *Silencioff, ¿las regiones tomarán la palabra? Informe sobre la situación para la libertad de prensa en Colombia en 2016*. Datum: 09. Februar 2017. Online verfügbar unter: <https://flip.org.co/index.php/es/publicaciones/informes-anuales/item/2061-silencioff-las-regiones-tomaran-la-palabra>

HRW 2021 = Human Rights Watch (HRW), 2021: *Left undefended. Killings of rights defenders in Colombia's remote communities*. Datum: 10. Februar 2021. Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/report/2021/02/10/left-undefended/killings-rights-defenders-colombias-remote-communities>

HRW 2015 = Human Rights Watch (HRW), 2015: *On their watch. Evidence of senior army officers' responsibility for false positive killings in Colombia*. Datum: 24. Juni 2015. Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/report/2015/06/24/their-watch/evidence-senior-army-officers-responsibility-false-positive-killings>

HRW 2014 = Human Rights Watch (HRW), 2014: *The crisis in Buenaventura. Disappearances, dismemberment, and displacement in Colombia's main pacific port*. Datum: 20. März 2014. Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/report/2014/03/20/crisis-buenaventura/disappearances-dismemberment-and-displacement-colombias-main>

IACHR 2021 = Inter-American Commission on Human Rights (IACHR), 2021: *Annual Report 2020. Chapter V*. Datum: 30. März 2021. Online verfügbar unter: <https://www.oas.org/en/IACHR/reports/IA.asp?Year=2020>

IACHR 2020 = Inter-American Commission on Human Rights (IACHR), 2020: *IACHR and its Special Rapporteurship for Freedom of Expression urge the state of Colombia to conduct a diligent, timely, and independent investigation into allegations of illegal surveillance against journalists, justice operators, human rights defenders, and political leaders*. Datum: 21. Mai 2020. Online verfügbar unter: https://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2020/118.asp

IACHR 2011 = Inter-American Commission on Human Rights (IACHR), 2011: *Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 2010*. Datum: 07. März 2011. Online verfügbar unter: <http://www.cidh.org/annualrep/2010eng/TOC.htm>

IACHR 2009 = Inter-American Commission on Human Rights (IACHR), 2009: *Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 2009*. Datum: 30. Dezember 2009. Online verfügbar unter: <http://www.cidh.org/annualrep/2009eng/TOC.htm>

ICRC 2022 = International Committee of the Red Cross (ICRC), 2022: *Retos humanitarios 2022. Colombia*. Datum: 23. März 2022. Online verfügbar unter: <https://www.icrc.org/es/document/balance-humanitario-colombia-2022-dih>

Indepaz 2022a = Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz (Indepaz), 2022a: *Líderes sociales, defensores de DD.HH y firmantes de acuerdo asesinados en 2022*. Observatorio de DDHH, Conflictividades y Paz. Stand: 12. April 2022. Online verfügbar unter: <https://indepaz.org.co/lideres-sociales-defensores-de-dd-hh-y-firmantes-de-acuerdo-asesinados-en-2022/>

Indepaz 2022b = Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz (Indepaz), 2022b: *Masacres en Colombia durante el 2020, 2021 y 2022*. Observatorio de DDHH, Conflictividades y Paz. Stand: 18. April 2022. Online verfügbar unter: <https://indepaz.org.co/informe-de-masacres-en-colombia-durante-el-2020-2021/>

Indepaz 2021a = Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz (Indepaz), 2021a: *Cifras de la violencia en las regiones 2021, entre el 1 de enero y el 31 de diciembre de 2021*. Datum: 19. Januar 2022. Online verfügbar unter: <https://indepaz.org.co/cifras-de-la-violencia-en-las-regiones-2021/>

Indepaz 2021b = Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz (Indepaz), 2021b: *Los focos del conflicto en Colombia. Informe sobre presencia de grupos armados*. Datum: 04. Oktober 2021. Online verfügbar unter: <http://www.indepaz.org.co/los-focos-del-conflicto-en-colombia/>

Indepaz 2020a = Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz (Indepaz), 2020a: *Líderes sociales y defensores de Derechos Humanos asesinados en 2020*. Observatorio de DDHH, Conflictividades y Paz. Stand: 31. Dezember 2020. Online verfügbar unter: <https://indepaz.org.co/lideres/>

Indepaz 2020b = Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz (Indepaz), 2020b: *Informe especial sobre agresiones a líderes/as sociales y personas defensoras de los derechos humanos y de los acuerdos de paz. #PazParaLiderar*. Datum: 15. Dezember 2020.



JEP 2021 = Jurisdicción Especial para la Paz (JEP), 2021: *La JEP hace pública la estrategia de priorización dentro del Caso 03, conocido como el de falsos positivos*. Comunicado 019 de 2021. Datum: 18. Februar 2021. Online verfügbar unter: <https://www.jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/La-JEP-hace-p%C3%ABblica-la-estrategia-de-priorizaci%C3%B3n-dentro-del-Caso-03,-conocido-como-el-de-falsos-positivos.aspx>

MOE 2022 = Misión de Observación Electoral (MOE), 2022: *La violencia contra líderes políticos, sociales y comunales durante el calendario electoral legislativo 2022. 13 de marzo a 13 de marzo de 2022*. Observatorio Político-Electoral de la Democracia. Datum: 22. April 2022. Online verfügbar unter: <https://www.moe.org.co/la-violencia-contra-lideres-politicos-sociales-y-comunales-durante-el-calendario-electoral-legislativo-2022/>

NRC 2014 = Norwegian Refugee Council (NRC), 2014: *Buenaventura, Colombia: Brutal Realities. Forced displacement and gender-based sexual violence*. September 2014. Online verfügbar unter: <https://nrc.org.co/wp-content/uploads/2017/11/Buenaventura-Brutal-Realities.pdf>

OMCT 2018 = Organización Mundial Contra la Tortura (OMCT), 2018: *Comunicado internacional de denuncia del asesinato de líder social de Buenaventura, Temístocles Machado*. Datum: 01. Februar 2018. Online verfügbar unter: <https://www.omct.org/es/recursos/llamamientos-urgentes/comunicado-internacional-de-denuncia-del-asesinato-de-l%C3%ADder-social-de-buenaventura-tem%C3%ADstocles-machado>

pacifista 2021a = ¡pacifista!, 2021a: *Sin un solo día de paz en 2021, Buenaventura resiste entre las balas*. Datum: 06. Februar 2021. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/notas/sin-un-solo-dia-de-paz-en-2021-buenaventura-resiste-entre-las-balas/>

pacifista 2021b = ¡pacifista!, 2021b: *Buenaventura resiste: 70 años de lucha por derechos en una ciudad donde la riqueza desfila*. Datum: 09. März 2021. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/notas/buenaventura-resiste-70-anos-de-lucha-por-derechos-en-una-ciudad-donde-la-riqueza-desfila/>

pacifista 2021c = ¡pacifista!, 2021c: *Un carrusel de impunidad somete a Buenaventura*. Datum: 29. April 2021. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/notas/un-carrusel-de-impunidad-somete-a-buenaventura/>

pacifista 2021d = ¡pacifista!, 2021d: *El Paro Nacional también es indígena y afro. Así se protesta en Mitú, Inírida, Quibdó y Buenaventura*. Datum: 01. Juni 2021. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/especiales/paro-nacional-en-vaupes-guainia-quistodo-y-buenaventura/>

pacifista 2021e = ¡pacifista!, 2021e: *La fuerza ineludible de Buenaventura: una lucha por lo que se ganó hace años*. Datum: 16. Juni 2021. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/notas/paro-nacional-en-buenaventura-para-cumplir-pacto-del-paro-civico/>

pacifista 2019a = ¡pacifista!, 2019a: *La condena por el asesinato de Temístocles Machado aún no representa justicia*. Datum: 03. April 2019. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/notas/condena-asesino-temistocles-machado-fiscalia-local-paramilitares/>

pacifista 2019b = ¡pacifista!, 2019b: *Atentan contra líder del paro cívico en Buenaventura*. Datum: 26. Juli 2019. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/notas/atentan-contra-lider-del-paro-civico-en-buenaventura/>

pacifista 2018 = ¡pacifista!, 2018: *„La esperanza que dejó Temístocles no la vamos a dejar morir“*. Datum: 29. Januar 2018. Online verfügbar unter: <https://pacifista.tv/notas/la-esperanza-que-dejo-temistocles-no-la-vamos-a-dejar-morir/>

PCN et al. 2019 = Proceso de Comunidades Negras (PCN) et al., 2019: *Violations of Afro-Colombian women's human rights. A report for the United Nations Committee on the Elimination of Racial Discrimination. 100th Session, Geneva, Switzerland. November 23, 2019 – December 13, 2019. In response to the combined seventeenth to nineteenth periodic reports of Colombia*. Datum: 04. November 2019. Online verfügbar unter: https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/COL/INT_CERD_NGO_COL_38612_E.docx

PSD 2021a = Programa Somos Defensores (PSD), 2021a: *La mala hora. Informe anual 2020. Sistema de Información sobre Agresiones contra Personas Defensoras de Derechos Humanos en Colombia (SIADDHH)*. Online verfügbar unter: <https://somosdefensores.org/informe-anual-1/>

PSD 2021b = Programa Somos Defensores (PSD), 2021b: *Resiste. Informe semestral enero – junio 2021. Sistema de Información sobre Agresiones contra Personas Defensoras de Derechos Humanos en Colombia (SIADDHH)*. Online verfügbar unter: <https://somosdefensores.org/informes-semestrales-siaddhh/>



PSD 2021c = Programa Somos Defensores (PSD), 2021c: *Boletín trimestral. Sistema de Información sobre Agresiones contra Personas Defensoras de Derechos Humanos en Colombia (SIADDHH). Agresiones contra personas defensoras de derechos humanos en Colombia julio – septiembre 2021*. Online verfügbar unter: <https://somosdefensores.org/boletines-trimestrales1/>

PSD 2020 = Programa Somos Defensores (PSD), 2020: *La ceguera. Informe anual 2019. Sistema de Información sobre Agresiones contra Personas Defensoras de Derechos Humanos en Colombia (SIADDHH)*. Online verfügbar unter: <https://somosdefensores.org/informe-anual-1/>

PSD 2019 = Programa Somos Defensores (PSD), 2019: *La naranja mecánica. Informe anual 2018. Sistema de Información sobre Agresiones contra Personas Defensoras de Derechos Humanos en Colombia (SIADDHH)*. Online verfügbar unter: <https://somosdefensores.org/informeanual-1/>

PSD 2018 = Programa Somos Defensores (PSD), 2018: *Piedra en el zapato. Informe anual 2017. Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia (SIADDHH)*. Online verfügbar unter: <https://somosdefensores.org/informe-anual-1/>

PSD 2017 = Programa Somos Defensores (PSD), 2017: *Contra las cuerdas. Informe anual 2016. Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores de DDHH en Colombia (SIADDHH)*. Online verfügbar unter: <https://somosdefensores.org/informe-anual-1/>

Semana 2020 = Semana, 2020: *Al líder social Temístocles Machado lo asesinaron para robarle sus tierras*. Datum: 23. Juli 2020. Online verfügbar unter:

<https://www.semana.com/nacion/articulo/a-temistocles-machado-lo-asesinaron-para-robarle-sus-tierras/688422/>

Semana 2019 = Semana, 2019: *Horas antes de la marcha por los líderes sociales, atentan contra uno de ellos en Buenaventura*. Datum: 26. Juli 2019. Online verfügbar unter:

<https://www.semana.com/nacion/articulo/atentan-contra-carlos-tovar-uno-de-los-lideres-del-paro-civico-en-buenaventura/625083/>

Verdad abierta 2018 = Verdad abierta, 2018: *„Buenaventura es una contradicción“: Temístocles Machado*. Datum: 29. Januar 2018. Online verfügbar unter:

<https://verdadabierta.com/buenaventura-es-una-contradiccion-temistocles-machado/>

UARIV 2022 = Unidad para la Atención y la Reparación Integral a las Víctimas (UARIV), 2022: *Registro Único de Víctimas (RUV)*. Stand: 31. März 2022. Online verfügbar unter:

<https://www.unidadvictimas.gov.co/es/registro-unico-de-victimas-ruv/37394>

UN CERD 2020 = United Nations Committee on the Elimination of Racial Discrimination (UN CERD), 2020: *Concluding observations on the combined seventeenth to nineteenth periodic reports of Colombia**.

CERD/C/COL/CO/17-19. Datum: 22. Januar 2020. Online verfügbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G20/O16/35/pdf/G2001635.pdf>

UN HRC 2019 = United Nations Human Rights Council (UN HRC), 2019: *Visit to Colombia. Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders**. A/HRC/43/51/Add.1. Datum: 26. Dezember 2019. Online verfügbar unter:

<https://undocs.org/en/A/HRC/43/51/Add.1>

UN OCHA 2022 = United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UN OCHA), 2022: *Colombia: Impacto y tendencias humanitarias entre enero y diciembre de 2021*. Humanitarian Advisory Team.

Datum: 08. Februar 2022. Online verfügbar unter:

<https://www.humanitarianresponse.info/en/operations/colombia/infographic/impacto-y-tendencias-humanitarias-entre-enero-y-diciembre-de-2021>

UN OCHA 2021 = United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UN OCHA) (2021): *Colombia: Impacto humanitario y tendencias de 2020*. Datum: 05. Januar 2021. Online verfügbar unter:

<https://www.humanitarianresponse.info/en/operations/colombia/infographic/impacto-humanitario-y-tendencias-entre-enero-y-diciembre-de-2020>

UN SC 2022 = United Nations Security Council (UN SC), 2022: *United Nations Verification Mission in Colombia. Report of the Secretary-General. S/2022/267*. Datum: 28. März 2022. Online verfügbar unter:

<https://colombia.unmissions.org/sites/default/files/n2229473.pdf>

UN SC 2021 = United Nations Security Council (UN SC), 2021: *United Nations Verification Mission in Colombia. Report of the Secretary-General. S/2021/1090*. Datum: 27. Dezember 2021. Online verfügbar unter:

https://colombia.unmissions.org/sites/default/files/informe_en_n2139924.pdf



UNHCHR 2022a = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2022a: *Situation of human rights in Colombia. Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights* *, **. Unofficial English version of report. A/HRC/49/19. A/HRC/49/19. Datum: 25. Februar 2022. Online verfügbar unter: https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/A_HRC_49_19_UnofficialEnglishVersion.pdf

UNHCHR 2022b = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2022b: *Homicidios de personas defensoras de derechos humanos entre enero 1 y marzo 31 de 2022*. April 2022. Online verfügbar unter: <https://www.hchr.org.co/index.php/informacion-publica/micrositios/homicidios-de-defensoras-y-defensores>

UNHCHR 2021a = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2021a: *Situation of human rights in Colombia. Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights* *, **. A/HRC/46/76. Datum: 17. März 2021. Online verfügbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G21/066/82/pdf/G2106682.pdf>

UNHCHR 2021b = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2021b: *El Paro Nacional 2021: Lecciones aprendidas para el ejercicio del derecho de reunión pacífica en Colombia*. Datum: 15. Dezember 2021. Online verfügbar unter: <https://www.hchr.org.co/index.php/informes-y-documentos/documentos/10246-documento-lecciones-aprendidas-paro-nacional-colombia-2021-juliette-de-rivero-representante-de-la-alta-comisionada>

UNHCHR 2020 = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2020: *Situation of human rights in Colombia. Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights* *, **. A/HRC/43/3/Add.3. Datum: 08. Mai 2020. Online verfügbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G20/110/95/pdf/G2011095.pdf>

UNHCHR 2019 = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2019: *Situation of human rights in Colombia. Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights* *, **. A/HRC/40/3/Add.3. Datum: 04. Februar 2019. Online verfügbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G19/025/43/pdf/G1902543.pdf>

UNHCHR 2018 = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2018: *Annual report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in Colombia* *. A/HRC/37/3/Add.3. Datum: 21. März 2018. Online verfügbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G18/074/78/pdf/G1807478.pdf>

UNHCHR 2017 = United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), 2017: *Annual report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in Colombia* *. A/HRC/34/3/Add.3. Datum: 23. März 2017. Online verfügbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/074/58/pdf/G1707458.pdf>

